



## Wolfgang Thierse

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Wolfgang Thierse, MdB · Hagenauer Straße 3 · 10435 Berlin

Herrn Daniel Röttger

per E-Mail

### Wahlkreisbüro

Hagenauer Straße 3  
10435 Berlin

☎ (030) 442 83 88

☎ (030) 442 16 03

✉ [wolfgang.thierse@wk.bundestag.de](mailto:wolfgang.thierse@wk.bundestag.de)

Berlin, den 14. 04. 2008

Sehr geehrter Herr Röttger,

vielen Dank für Ihre Anfrage über Abgeordnetenwatch, für deren etwas verspätete Beantwortung ich mich zugleich entschuldigen möchte.

Da ich vermute, dass Sie Ihre Frage auch vor dem Hintergrund der von Ihnen beabsichtigten Verfassungsbeschwerde gegen die Belastung des Existenzminimums durch Sozialversicherungsabgaben gestellt haben, möchte ich auch in diesem Zusammenhang antworten. Ihren Ausführungen zu dieser Frage auf der Homepage der UWP entnehme ich, dass Sie in den Grundzügen die politische Haltung der Sozialdemokratie teilen, die eine Stärkung der gesellschaftlichen Solidarsysteme und gute Bezahlung für gute Arbeit verlangt. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in der Vergangenheit – ob beim Thema „Mindestlohn“, oder bei der Frage der Steuerfinanzierung von Aufgaben der gesetzlichen Sozialversicherungen – immer versucht, Mehrheiten für diese Politik zu gewinnen. Dies ist nicht leicht: zum einen, weil die Mehrheitsverhältnisse in diesem Land zurzeit eine deutlichere Reform der Sozialversicherungssysteme in diese Richtung nicht erlauben und zum anderen, weil die Widerstände von Seiten der Interessenvertreter insbesondere im Gesundheitswesen immens sind. Nicht zuletzt geht es bei dieser Frage aber auch immer um finanzielle Auswirkungen. Eine drastische Erhöhung von Konsumsteuern, die Sie in Ihrem Beitrag vorschlagen, ist weder mehrheitsfähig, noch zielführend. Hierdurch würden die mittleren Einkommensgruppen, die von einer Freistellung des Existenzminimums nicht profitieren, einseitig und deutlich belastet.

Ich möchte hiermit nur andeuten, dass die Durchsetzung einer Reform des Sozialversicherungssystems auf politischem Wege ungeheuer mühsam ist – gleichwohl halte auch ich sie für eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben in unserer Gesellschaft. Nicht zuletzt an der Frage der Finanzierbarkeit sind viele der bisherigen Reformbemühungen gescheitert. Ob das Bundesverfassungsgericht sich bei einer möglichen Auseinandersetzung mit dieser Fragestellung über den finanzpolitischen und fiskalischen Aspekt hinwegsetzen könnte, wage ich daher zu bezweifeln.



**Wolfgang Thierse**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

---

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie auch auf das neue Grundsatzprogramm der SPD verweisen, das auf dem Parteitag in Hamburg beschlossen wurde, und welches aus meiner Sicht auch zu der von Ihnen angesprochenen Problematik wirkliche Zukunftsperspektiven aufzeigt.

Dieses Programm politisch und gesellschaftlich umzusetzen, dafür will ich auch in Zukunft werben und kämpfen.

In diesem Sinne verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Thierse